

**MIT UNS,  
NICHT AUF  
UNSERE KOSTEN**

Wie der soziale und ökologische  
Umbau der Wirtschaft gelingt

Stand: Jänner 2025



**Andrea Heimberger, MSc**  
DIREKTORIN

**Andreas Stangl**  
PRÄSIDENT

## **NUTZEN WIR GEMEINSAM DIE CHANCEN!**

Die Notwendigkeit der ökologischen Transformation wird uns in regelmäßigen Abständen von der Wissenschaft bewusst gemacht, sie manifestiert sich aber auch in immer häufiger auftretenden Extremwetterereignissen. Die Folgen sind aber nicht nur auf globaler Ebene zu spüren, sondern reichen mittlerweile hinein in unseren ganz persönlichen Alltag. Menschen im Erwerbsleben sind gleich in mehrfacher Hinsicht vom Klimawandel betroffen.

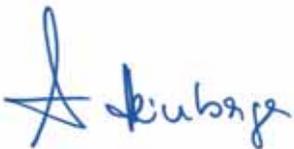
Einerseits, weil sich die Arbeitsbedingungen verändern: Steigende Temperaturen führen zu einer höheren Belastung am Arbeitsplatz, vor allem in Branchen, die im Freien oder unter schwierigen Bedingungen arbeiten, wie im Bauwesen, in der Fabrik oder im Transport. Dies führt nicht nur zu erhöhter Erschöpfung und einem höheren Risiko für hitzebedingte Erkrankungen, sondern erfordert auch Anpassungen in Arbeitszeiten und -methoden, um die Gesundheit der Arbeitnehmer:innen zu schützen und die Produktivität zu halten.

Aber auch die Weise wie wir Arbeit insgesamt denken, verändert sich radikal. Der Übergang hin zur nachhaltigen Wirtschaft führt zu einem grundlegenden Wandel in vielen Branchen. Insbesondere energieintensive Industriebereiche sind von der Produktionsänderung betroffen. Dieser Wandel erfordert jedoch auch passende Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote für die Beschäftigten, um die Anforderungen der sich verändernden Arbeitsmärkte bewältigen zu können.

Die globale Arbeitswelt steht vor der Herausforderung, die negativen Auswirkungen der Erderhitzung abzumildern und gleichzeitig die Chancen zu nutzen, die der Übergang zu einer nachhaltigeren Wirtschaft bietet.

Die ökologische Transformation geschieht gleichzeitig mit einer an Tempo aufnehmenden Digitalisierung und soll aber trotzdem dazu führen, dass Zukunftsängste genommen werden.

Damit wir morgen gut leben können, muss sich vieles ändern. Die Regeln für diese Transformationen müssen wir gemeinsam schreiben. Arbeiterkammer, Gewerkschaften und ÖGB haben passende Vorschläge formuliert, damit wir diesen Übergang gemeinsam gut bewältigen können.



Andrea Heimberger, MSc  
Direktorin



Andreas Stangl  
Präsident

# REICH ODER ARM?

## KLIMASCHUTZ IST (AUCH)

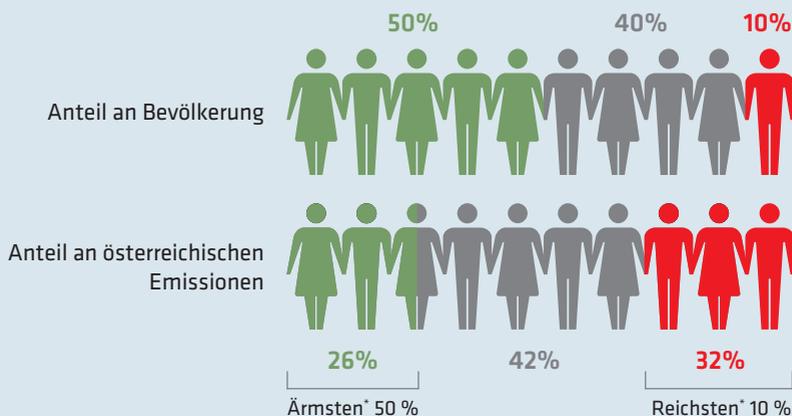
### EINE VERTEILUNGSFRAGE

Faire Verteilung steht auch bei Fragen des Klimaschutzes scheinbar nicht auf dem Plan. Denn von den Auswirkungen des Klimawandels sind nicht alle Menschen gleichermaßen betroffen. Wie häufig und wie stark klimabedingte Katastrophen jeden einzelnen treffen, hängt einerseits vom Wohnort ab. Menschen in Berggebieten werden häufiger von Starkregenereignissen heimgesucht, während anderswo eine Trockenperiode die nächste jagt.

Andererseits spielt auch die Höhe des Einkommens eine Rolle. Denn Menschen mit geringerem Einkommen haben weniger Möglichkeiten, die Folgen des Klimawandels abzufedern.

All diese Umstände erhöhen die Belastung durch Hitze und die gesundheitlichen Risiken.

#### DIE REICHSTEN 10 PROZENT VERURSACHEN IN ÖSTERREICH MEHR TREIBHAUSGASE ALS DIE HÄLFTE DER BEVÖLKERUNG ZUSAMMEN



➔ Untere Einkommenshälfte   ➔ Obere Mittelschicht   ➔ 10% mit höchsten Einkommen

AK Grafik; Quelle: World Inequality Database; Momentum Institut

\* „Arm“ und „Reich“ bezieht sich auf das Einkommen



Menschen mit niedrigem Einkommen spüren zwar die Folgen des Klimawandels am meisten, sind gleichzeitig aber diejenigen, die weniger Emissionen verursachen. In Österreich sind die Emissionen der einkommensärmeren Bevölkerungshälfte seit 1990 um neun Prozent gesunken. Im Gegensatz dazu sind die Treibhausgasemissionen der zehn Prozent mit dem höchsten Einkommen in Österreich seit 1990 um 45 Prozent angestiegen. Effektiver Klimaschutz muss daher bei den Reichen ansetzen.

Neben ihrem individuellen, extrem schädlichen Konsumverhalten (leistungsstarke Autos, Villen, Privatjets), sind vor allem die Investitionsentscheidungen des reichsten Prozents der Weltbevölkerung für die meisten CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich.

Rund 71 Prozent der weltweiten Emissionen stammen von rund 100 Kon-

zernen. Fast alle Superreichen besitzen große Aktienpakete in diesen Unternehmen und entscheiden damit über deren klimaschädliche Investitionen mit. Transnationale Konzerne mit hohen Gewinnen und Rücklagen können sich zusätzliche Verschmutzungszertifikate leisten.

Wir müssen daher die Strukturen ändern und gesetzliche Vorgaben entwickeln: in der Produktion, der Energieversorgung und der Infrastruktur, sodass eine klimafreundliche Produktions- und Lebensweise attraktiv wird und sich durchsetzen kann.

Oft setzen Änderungsvorschläge aber beim individuellen Konsumverhalten an. Es wird versucht, die Verantwortung den Arbeitnehmer:innen in ihrer Rolle als Konsument:innen zu übertragen. Das ist der falsche Weg.

# TRANSFORMATION DER ARBEITSWELT – NIEMANDEN ZURÜCKLASSEN!

Österreich will 2040 klimaneutral sein. Um dieses Ziel zu erreichen, ist die „Dekarbonisierung“ (Reduzierung oder Eliminierung von Kohlenstoffemissionen) der gesamten Wirtschaft nötig. Der Energiesektor und die Industrie verursachen zusammen rund 45 Prozent des österreichischen Treibhausgasausstoßes, der Verkehr knapp 30 Prozent.

*Dass die Arbeitswelt im Wandel ist, ist klar. Es gibt neue, nachhaltigere Ziele. Die Frage ist, wie wir diesen Weg gemeinsam beschreiten.*

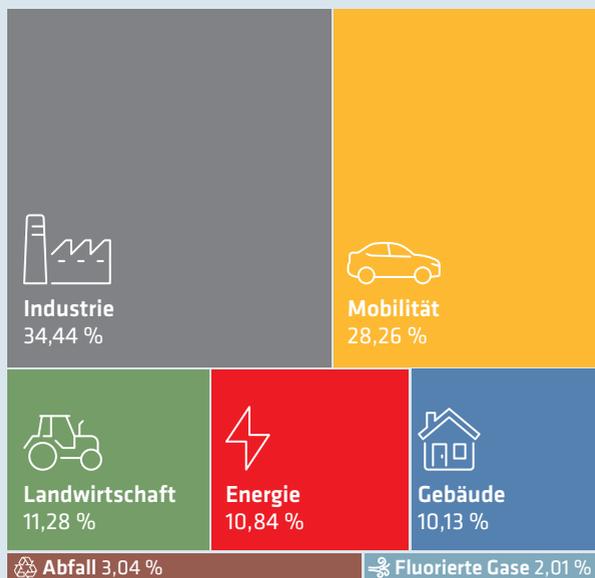
Oberösterreich ist von diesem Strukturwandel als Industriebundesland Nummer 1 besonders gefordert. Hier befindet sich ungefähr ein Viertel der gesamten Industrie Österreichs. Rund 40 Prozent der Bruttowertschöpfung in Oberösterreich entstehen in der Industrie, zu der neben der Herstellung von Waren und Bergbau auch die Energie- und Wasserversorgung gehören.

Rund 30 Prozent der Treibhausgas-Emissionen (THG) Österreichs stammen allein aus Oberösterreich.

Viele unserer Mitglieder werden daher direkt oder indirekt vom ökologischen Umbau der Wirtschaft betroffen sein. Die Arbeitswelt verändert sich in vielen Bereichen von Grund auf.

Unter welchen Bedingungen Arbeitnehmer:innen arbeiten und welche Regeln für die Arbeitswelt niedergeschrieben werden, hängt stark davon ab, wie gut Arbeitnehmer:innen organisiert sind und sie ihr Interesse gegenüber den Regierenden und der Arbeitgeberseite durchsetzen können. Für die AK ist klar: beim Umbau muss die soziale Gerechtigkeit immer im Vordergrund stehen.

## ANTEIL DER SEKTOREN AN DEN GESAMTEN THG-EMISSIONEN 2022



AK Grafik; Quelle: Klimadashboard Österreich



# WARUM SIND ARBEITNEHMER:INNEN BESONDERS BETROFFEN?

## Änderungen in der Arbeitswelt

Ein Viertel der Beschäftigten in Oberösterreich arbeitet unmittelbar im Bereich der Herstellung von Waren. Inklusive Bergbau, Bauwirtschaft, Energie- und Wasserversorgung steigt der Beschäftigtenanteil auf ein Drittel. Unter Berücksichtigung der vor- und nachgelagerten Dienstleistungen, die es ohne Industrie nicht geben würde, werden es noch mehr. Das zeigt, wie schädlich sich eine – etwa durch unkluge Politik verursachte – Deindustrialisierung auf die Arbeitnehmer:innen auswirken würde.

Deshalb braucht es eine aktive Industriepolitik, die Arbeitsplätze erhält und dafür sorgt, dass möglichst viele neue, gut bezahlte Jobs in den Zukunftsbranchen entstehen. Weiters muss frühzeitig eine flankierende Sozial-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik für jene, deren Jobs bedroht sind, geplant und betrieben werden. Arbeiterkammer, Gewerkschaften und ÖGB kämpfen dafür, dass es auch in Zukunft möglichst viele gut bezahlte und gewerkschaftlich gut organisierte Industriearbeitsplätze in Oberösterreich gibt.





## **Abwälzen der Verantwortung auf Einzelne statt Ändern der Strukturen**

Es muss ganz deutlich hervorgehoben werden: Die Klimakrise ist nicht Folge individuellen Fehlverhaltens sondern der aktuellen Wirtschaftsweise, in der die Profitmaximierung im Mittelpunkt steht und nicht die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse. Eine CO<sub>2</sub>-Steuer, die einkommensschwache Gruppen wegen der Preissteigerungen zu teils massiven Einschränkungen zwingt, sich die Reichen von ihrem wesentlich umweltschädlicheren Konsumverhalten einfach „freikaufen“ können, ist abzulehnen.

CO<sub>2</sub>-Steuern auf den Konsum sind sozial ungerecht und bringen nicht die notwendigen Reduktionen. Effektiver Klimaschutz muss daher bei den Reichen ansetzen. Das ist auch jene Gruppe, deren Treibhausgas-Emissionen in den letzten Jahrzehnten am stärksten gestiegen sind.

## **Verhindern, dass aus Förderungen, Dividenden werden!**

Förderungen an Unternehmen dürfen nur gegen klare Auflagen vergeben werden. Es muss sichergestellt werden, dass nicht die Beschäftigten mit ihren Steuerbeiträgen die Dividenden finanzieren. Nur wenn sie und ihre Interessenvertreter:innen direkt in die Umbauprozesse einbezogen werden und die Kosten des Umbaus fair verteilt sind, werden sie die ökologische Transformation mittragen.

Während derzeit für Unternehmen unterschiedliche Fördertöpfe bereitstehen, erhalten Haushalte vor allem dort Förderungen, wo auch ein hoher Eigenfinanzierungsgrad notwendig ist, z.B. für den Erwerb von Photovoltaik-Anlagen oder neue Heizanlagen.

Es ist daher wichtig, Förderungen so zu gestalten, dass alle Einkommensgruppen einen Zugang zu ihnen bekommen – von Arbeitnehmer:innen mit einem kleinen Einkommen bis hin zu jenen mit einem höheren Einkommen.

## **WIE SIEHT DIE ZUKUNFT DER ARBEIT AUS?**

Die Arbeitswelt ist immer in Veränderung. In den letzten Jahrzehnten erleben wir aber aus unterschiedlichsten, vorwiegend wirtschaftlichen Gründen eine beschleunigte Veränderung. Aber auch neue Formen der Arbeitsorganisation und der Einsatz digitaler Technologien befördern diese Entwicklung. Der fortschreitende Einsatz von Künstlicher Intelligenz („KI“) ist ein Beispiel dafür und betrifft die Arbeitswelt auf unterschiedliche Weise, was wiederum Auswirkungen für die einzelnen Arbeitnehmer:innen hat.

Die Folge? Viele Berufsbilder verändern sich schon heute. Inwieweit der Einsatz von KI im Zusammenhang mit möglicher Arbeitsplatzreduktion stehen wird, kann zum aktuellen Zeitpunkt nicht seriös beantwortet werden. Was aber gesagt werden kann ist, dass sich Tätigkeiten verändern werden. Fakt ist allerdings, dass Sensibilisierung in diesem Bereich und Schulungen von Mitarbeiter:innen im Umgang mit der Digitalisierung nötig sein werden.

## NEUE FELDER, IN DENEN JOBS ENSTEHEN



Erneuerbare Energien:  
Photovoltaik, Windkraft,  
grüner Wasserstoff



Elektromobilität  
(Fahrzeuge, Batterien, Komponenten)  
und öffentlicher Verkehr



Klimafreundliche  
Heiz- und Kühlsysteme



Kreislaufwirtschaft



# WAS BRAUCHT ES AUF DEM WEG ZUR ÖKO-SOZIALEN TRANSFORMATION?

Ein zentraler Hebel, um möglichst viele Menschen an den Chancen der Transformation teilhaben zu lassen, sind Weiterbildung und berufsbegleitendes Lernen.

Aus diesem Grund fordert die AK Oberösterreich einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung. Außerdem muss es während Phasen der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie der Requalifizierung eine existenzsichernde Absicherung durch das AMS, das Land OÖ und/oder den Betrieb geben.

Vor allem bei Arbeitsplätzen, für die ergänzende Kompetenzen erforderlich werden, muss es gelingen, diese Qualifizierungen bei aufrechter Beschäftigung durchzuführen und damit Arbeitslosigkeit zu vermeiden.

Auch die Lehrlingsausbildung ist dahingehend anzupassen, damit sie der ökologischen Nachhaltigkeit Rechnung trägt und zukunftsfit macht.

Eine zentrale Rolle kommt dabei dem Arbeitsmarktservice (AMS) zu. Das AMS braucht daher deutlich mehr finanzielle und personelle Ressourcen, um den Beratungs- und Qualifizierungsbedarf zu bewältigen.

Auch die Betriebe müssen ihrem damit verbundenen Auftrag, in ihre Mitarbeiter:innen zu investieren, künftig verstärkt nachkommen.

## AK-FORDERUNGEN

### ► **Ja zum Klimaschutz, aber nach sozialen Regeln!**

Klimaschutzmaßnahmen müssen sozial gerecht sein, sie dürfen bestehende Ungerechtigkeiten nicht noch vertiefen. Verantwortung, Betroffenheit und die Mittel zur Bewältigung der Klimakrise sind ungleich verteilt. Die Kosten des Klimaschutzes dürfen nicht auf die Schultern der Arbeitnehmer:innen abgewälzt werden.

### ► **Öffentliche Förderungen nur gegen klare Bedingungen!**

Unternehmen, die staatliche Unterstützung erhalten, müssen sich zu Arbeitsplatz- und Standortgarantien verpflichten. Pläne für den ökologischen Umbau sind in Zusammenarbeit mit den Betriebsrät:innen zu erstellen. Gewinne sollen reinvestiert werden (z. B. in Weiterbildungsangebote, For-

schung und Entwicklung). Steuerflucht wird nicht toleriert. Betriebe, die gegen die Förderauflagen verstoßen, müssen die Förderungen zurückbezahlen.

### ► **Niemand darf zurückgelassen werden!**

Nur eine enge Verschränkung von Industriepolitik mit Sozial-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik macht den ökologischen Umbau auch sozial. Zugleich ist es wichtig, dass nicht nur Unternehmen Förderungen erhalten, sondern auch die Menschen als Konsument:innen, Arbeitnehmer:innen, Mieter:innen oder als Wohnungs- und Hausbesitzer:innen, wenn Sanierungen anstehen.



► **Beschäftigte müssen den Umbau mitgestalten können**

Wenn wir mitzahlen, wollen wir mitreden! Die AK Oberösterreich steht für eine starke Einbindung und Mitbestimmung der Interessensvertretung der Beschäftigten bei allen Transformationsprojekten. Die Betriebsräte werden hier eine wichtige Rolle spielen.

► **Mobilität und Energieversorgung neu gestalten**

Wir fordern attraktive öffentliche Verkehrsverbindungen, die bessere regionale Infrastrukturen zur Verringerung von Mobilitätswängen sowie den Ausbau der Netze und erneuerbaren Energien durch nicht profitorientierte öffentliche Versorger. Versorgungssicherheit und Leistbarkeit müssen im Mittelpunkt stehen und nicht Profitmaximierung.

► **Unternehmen müssen ihren Beitrag zum Umbau leisten**

Massive Mitnahmeeffekte und Überförderungen von Unternehmen müssen ausgeschlossen werden.

► **Klimapolitik braucht eine nachhaltige Finanzierung**

Der ökologische Umbau der Wirtschaft erfordert mutige Investitionen. Für die Bewältigung der Herausforderungen braucht der Staat Spielraum. Die notwendigen budgetrechtlichen Rahmenbedingungen müssen auf EU- und auf nationaler Ebene geschaffen werden. Die Mittel dürfen jedenfalls nicht vom Sozialstaat (aus den Bereichen Gesundheit, Bildung, Pensionen) „abgezweigt“ werden.

# DIE ARBEITERKAMMER IN LINZ UND DEN BEZIRKEN

## Beratung, Vertretung und Einsatz für Ihre Interessen

---

**AK Oberösterreich**, Volksgartenstraße 40, 4020 Linz, Tel: +43 (0)50 6906

---

**AK Braunau**, Salzburgerstraße 29, 5280 Braunau, Tel: +43 (0)50 6906-4111

---

**AK Eferding**, Unterer Graben 5, 4070 Eferding, Tel: +43 (0)50 6906-4211

---

**AK Freistadt**, Zemannstraße 14, 4240 Freistadt, Tel: +43 (0)50 6906-4312

---

**AK Gmunden**, Herakhstraße 15b, 4810 Gmunden, Tel: +43 (0)50 6906-4412

---

**AK Grieskirchen**, Manglborg 22, 4710 Grieskirchen, Tel: +43 (0)50 6906-4511

---

**AK Kirchdorf**, Sengsschmiedstraße 6, 4560 Kirchdorf, Tel: +43 (0)50 6906-4611

---

**AK Linz-Land**, Kremstalstraße 6, 4050 Traun, Tel: +43 (0)50 6906-5611

---

**AK Perg**, Hinterbachweg 3, 4320 Perg, Tel: +43 (0)50 6906-4711

---

**AK Ried**, Peter-Rosegger-Straße 26, 4910 Ried im Innkreis, Tel: +43 (0)50 6906-4813

---

**AK Rohrbach**, Ehrenreiterweg 17, 4150 Rohrbach, Tel: +43 (0)50 6906-4912

---

**AK Schärding**, Schulstraße 4, 4780 Schärding, Tel: +43 (0)50 6906-5011

---

**AK Steyr**, Redtenbachergasse 1a, 4400 Steyr, Tel: +43 (0)50 6906-5116

---

**AK Vöcklabruck**, Ferdinand-Öttl-Str. 19, 4840 Vöcklabruck, Tel: +43 (0)50 6906-5217

---

**AK Wels**, Roseggerstraße 8, 4600 Wels, Tel: +43 (0)50 6906-5318

Österreichische Post AG, MZ 02Z033937 M, AK-DVR 0077747  
Informationsblatt der Kammer für Arbeiter und  
Angestellte für Oberösterreich, Nummer 5/2025,  
Medieninhaberin, Herausgeberin und Redaktion:  
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich,  
Volksgartenstraße 40, 4020 Linz  
Hersteller: Druckerei Gutenberg, Anastasius-Grün-Straße 6, 4020 Linz  
Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz siehe  
ooe.arbeiterkammer.at/impressum

**ooe.arbeiterkammer.at**



**Oberösterreich**